

Korrektur der Haushaltssatzung der Gemeinde Warsow für das Haushaltsjahr 2020

Aufgrund des § 45 i. V. m. § 47 KV M-V vom 13. Juli 2011 (GVOBL. M-V S. 777) zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 23. Juli 2019 (GVOBL. M-V S. 467) i. V. m. der Verordnung zur Veränderung der Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik (GemHVO-Doppik) vom 25. Februar 2008 (GVOBL. M-V S.34) zuletzt geändert durch die Verordnung zur Verbesserung der Transparenz und zu Erleichterungen bei der kommunalen Haushaltswirtschaft nach der doppelten Buchführung (Doppik-Erleichterungsgesetz) vom 23. Juli 2019 (GVOBL. M-V S. 499) i. V. m. der Verwaltungsvorschrift zur Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik vom 20. Mai 2016 (AmtsBl. M-V S. 310) zuletzt geändert durch die Verwaltungsvorschrift zur Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik vom 23. Juli 2019 (AmtsBl. M-V S. 766) ist die Haushaltssatzung der Gemeinde Warsow für das Haushaltsjahr 2020 wie folgt zu korrigieren:

Die nachrichtlichen Angaben nach § 7 sind wie folgt zu berichtigen:

1. Zum Ergebnishaushalt

**Das Ergebnis zum 31. Dezember des Haushaltsjahres beträgt
voraussichtlich**

18 EUR

Es ist darauf hinzuweisen, dass durch die Korrektur die veranschlagten Beträge und die sonstigen Festlegungen sowie die Hinweise und Bemerkungen sich nicht verändern.

Warsow, den 18.05.2020

Ort, Datum



Lambrecht
Bürgermeisterin

Hinweis:

Die Korrektur der Haushaltssatzung 2020 und die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die Haushaltssatzung ist gemäß § 47 Abs. 2 KV M-V der Rechtsaufsichtsbehörde mit Schreiben vom 19.5.20 angezeigt worden. Sie enthält keine Genehmigungspflichtigen Teile.

Die Haushaltssatzung liegt mit ihren Anlagen zur Einsichtnahme

Vom 26.5.20 bis 12.6.20

im Gebäude der Amtsverwaltung Stralendorf, Dorfstraße 30 in 19073 Stralendorf, Zimmer 019 öffentlich zu den Öffnungszeiten aus.

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 5 KV M-V eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß bekanntgemacht worden,
- c) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Lambrecht

Lambrecht
Bürgermeisterin

